



Fraktion
im Pinneberger
Kreistag

Nr. 85

Dezember 2025

NewsLetter

Aus dem Kreistag am 10. Dezember

Die Sitzung des Pinneberger Kreistages am 10. Dezember dauerte nicht nur lange. Es befanden sich auch diverse brisante Punkte auf der Tagesordnung. Bevor es an die Abarbeitung der Agenda ging, gedachte Kreispräsident Helmuth Ahrens des ehemaligen Kreistagsabgeordneten Christian Saborowski und bat die Mitglieder des Kreistages und der Verwaltung sowie die Besucher, sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen zu erheben.

Er hob hervor, dass Christian Saborowski als fachpolitischer Sprecher der CDU die Sozialpolitik des Kreises Pinneberg maßgeblich geprägt habe. Sein Umgang mit seiner Erblindung sei bewundernswert gewesen. Fünf Jahre lang hätte er den Platz neben ihm in der 2. Reihe gehabt. Niemals habe er Klagen über Christians Erkrankung gehört, nur Kritik an der fehlenden Unterstützung durch die Technik. Er habe keine Sonderleistungen erbeten – nur Respekt. Mit ihm habe der Kreis einen Menschen verloren, dem er unabhängig von der Parteizugehörigkeit viel zu verdanken habe.

Der Kreispräsident gab bekannt, dass die Landratswahlen am 26. August 2026 stattfinden werden und die öffentliche Ausschreibung vorbereitet werde.

In der CDU-Fraktion hat es einige Umbesetzungen gegeben: Neues stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss ist künftig Matthias Nowatzki. Den Platz als stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages des inzwischen in den Bundestag gewählten Daniel Kölbl wird Justus Schmitt einnehmen, und neues Mitglied im Ausschuss für Schule, Sport und Kultur wird Dr. Tobias Löffler.

Zum 15. Mal in Folge stellte sich der AfD-Abgeordnete Burghard Schalhorn für das Amt als Jugendhilfeausschussvorsitzender zur Wahl. Auch diesmal konnte er inklusive seiner eigenen nicht mehr als 6 Stimmen aus dem 68-köpfigen Gremium auf sich vereinen.

Der Newsletter fragt sich, ob es ihm mehr an Selbstachtung oder Schamgefühl mangelt.

Die 4. Nachtragssatzung zur Änderung der Entschädigungssatzung ist endlich beschlossen. Danach erhält der stellvertretende Jugendhilfeausschussvorsitzende Ortwin Schmidt (CDU) künftig die Aufwandsentschädigung eines Vorsitzenden. Das ist nicht nur gerecht, sondern auch angemessen.



Schmidt leitet den Ausschuss seit 2023, da sich die vorschlagsberechtigte AfD nicht dazu durchringen kann, dem Kreistag einen mehrheitsfähigen Kandidaten vorzuschlagen. Und Ortwin Schmidt macht seinen Job hervorragend. Die anderen Fraktionen waren des Lobes voll und stimmten mit breiter Mehrheit für die Satzungsänderung.

Anschließend wurde auch die Entschädigungssatzung des Kreises geändert. Eingebracht wurde der Vorschlag des Hauptausschusses von dessen Vorsitzender Heike Beukelmann.



Der Kreistag entschied sich gegen die vom Land vorgeschlagenen 75 %. Mehrheitlich wurden 50 % beschlossen. Die meisten Kreistagsmitglieder erhielten in der Vergangenheit ohnehin nicht den vollen vom Land empfohlenen Betrag, sodass die Erhöhung als angemessen betrachtet werden kann.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser, wieder ist das Jahr fast vorbei. Und wie immer absolvierten die Abgeordneten zum Jahresende eine Kreistagsitzung mit einer randvoll gefüllten Tagesordnung mit 30 Punkten und zahlreichen Unterpunkten – Schwerstarbeit für unseren Kreispräsidenten, aber auch die Kreistagsmitglieder benötigten die volle Konzentration. Insgesamt bestanden die Vorlagen aus mehreren hundert Seiten. Gut, dass wir mittlerweile alle mit elektronischen Hilfsmitteln arbeiten. Ausgedruckt würden die Vorlagen leicht eine Aktentasche füllen.

Unter anderem wurde der Nachtragshaushalt verabschiedet, um den wir so lange und angestrengt gerungen hatten. Er ist das Ergebnis großer Disziplin und unermüdlicher, konzentrierter Beratungen und Verhandlungen in unserer und mit anderen Fraktionen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei unseren Fraktionsmitgliedern, den fachpolitischen Sprecherinnen und Sprechern und dem Fraktionsvorstand zu bedanken, ohne die ein erfolgreiches Wirken zum Wohle der Menschen im Kreis Pinneberg kaum möglich gewesen wäre.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2026 und unserer Fraktion weiterhin viel Erfolg.

Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Kreistag hebt Kreisumlage moderat an

CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten sich im Vorfeld darauf verständigt, dass angesichts der prekären Haushalts-situation des Kreises kein Platz sei für parteipolitisches Taktieren. Deshalb einigten sich die Fraktionen der Mitte im Vorfeld darauf, dass nur die Finanzausschussvorsitzende Britta Krey (CDU) zur Festsetzung der Kreisumlage sprechen sollte. In der Generaldebatte zum Nachtragshaushalt gab es dann doch vereinzelte Wortbeiträge.



Britta Krey machte deutlich, dass die Zahlen eine klare Sprache sprächen: Für das Haushaltsjahr 2025 werde mit einem Jahresfehlbetrag von 55,1 Millionen Euro, für 2026 sogar mit 98,3 Millionen Euro geplant. Die Ausgleichsrücklage sei vollständig aufgebraucht. Trotz aller Konsolidierungsbemühungen stehe der Kreis Pinneberg vor der größten finanziellen Herausforderung seit vielen Jahren.

Der mit Abstand größte Kostentreiber seien die Sozial- und Jugendtransferaufwendungen im Produktbereich 31. Für 2025 belaufen sich diese auf 606,3 Millionen Euro – eine Steigerung um 25,8 Millionen Euro gegenüber dem ursprünglichen Ansatz. Für 2026 müsse sogar mit 633,7 Millionen Euro gerechnet werden.

Diese Aufwendungen seien zu etwa 77 Prozent gesetzlich vorgeschrieben. „Wir können sie nicht steuern, wir können sie nicht kürzen. Es sind Leistungen, auf die Menschen in unserem Kreis einen rechtlichen Anspruch haben: Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Jugendhilfe“.

Die Personalaufwendungen stiegen in 2025 auf 97,4 Millionen Euro – und das trotz aller Bemühungen, die Stellenzahl zu reduzieren. Tarifsteigerungen und die Notwendigkeit, gesetzliche Aufgaben zu erfüllen, trieben diese Kosten.

Die Zinsen und Finanzaufwendungen stiegen dramatisch von 500.000 Euro auf 730.000 Euro und auf über 3 Millionen Euro in 2026. Die gestiegenen Zinsen am Kapitalmarkt zeigten sich unmittelbar.

Britta Krey: Bereits seit Dezember 2023 arbeite die Projektgruppe Haushaltskonsolidierung. Die Ergebnisse könnten sich sehen lassen:

4,6 Millionen Euro seien für 2025 eingespart worden, 14,8 Millionen Euro für 2026. Das Ziel, 1 Prozent der Stellen abzubauen, sei erreicht. Die Landrätin habe zusätzliche interne Sparmaßnahmen von 350.000 Euro für 2025 und 500.000 Euro für 2026 angeordnet. Bis 2028 sollen 5 Prozent, bis 2030 mindestens 8 Prozent der Vollzeitäquivalente für gesetzliche Aufgaben freierwerden.

Das Projekt "Prozessorientierte Verwaltung" zeige bereits in mehreren Fachdiensten messbare Erfolge. Man digitalisiere, optimiere, hinterfrage jede Stelle kritisch.

Die drastischen Dimensionen, in denen sich die Haushaltslage verschlechtert habe, sei weder bei der Planung 2025/2026 noch in der 1. Jahreshälfte 2025 ersichtlich gewesen. Ursächlich seien Rechtsänderungen auf Bundes- und Landesebene, die insbesondere das Jahr 2026 massiv belasteten.

Eine erste Hochrechnung führte zur intensiven Überprüfung des Planungsstands. Zudem reagierte die Verwaltung umgehend mit einem internen Sparappell und intensivierte im Schulterschluss mit der Kreispolitik die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung und die Verwaltung sei aufgefordert worden, ein Haushaltskonsolidierungsprogramm zu erarbeiten.

All diese Anstrengungen reichten aber nicht aus, um das strukturelle Defizit zu schließen. Der Finanzausschuss hat am 7. Oktober einstimmig beschlossen, die Kreisumlage von 29,50 Prozent auf 31,50 Prozent anzuheben. Das seien für den Kreis Mehreinnahmen von etwa 11,2 Millionen Euro. Tatsächlich sei der Finanzbedarf unter Berücksichtigung von gesetzlich garantierten Fehlbedarfszuweisungen und vollständiger Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wesentlich höher als vom Finanzausschuss vorgeschlagen. Rechnerisch müsste die Kreisumlage um 5,8 Prozentpunkte erhöht werden, um das Defizit vollständig zu decken. Die Beschränkung auf 2 Prozentpunkte geschehe aus Verantwor-

tung den Kommunen gegenüber. Aus dieser Verantwortung heraus und unter Berücksichtigung der kurzen Zeitspanne zwischen Feststellung des erheblichen finanziellen Mehrbedarfs und der Beschlussfassung über die Höhe der Kreisumlage, sei nicht einmal die Hälfte des notwendigen Finanzbedarfs von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eingefordert worden. Dadurch entstehe ein finanzielles Defizit im Kreishaushalt in Höhe von rd. 20,9 Mio. €, das durch Kassenkredite und Haushaltskonsolidierung aufgebracht werden müsse. Die Mehrerträge aus der Kreisumlage würden sich lediglich auf 11,2 Mio. € belaufen.

Der Kreis verzichte damit auf einen wesentlichen Anteil seines Finanzbedarfs, weil er die finanzielle Situation der Kommunen berücksichtige. Diese habe man angehört, wie es das Finanzausgleichsgesetz vorschreibe. Britta Krey: „Die Stellungnahmen – und ich nehme sie sehr ernst – waren kritisch. Die Kommunen sorgen sich um ihre eigene Handlungsfähigkeit. Viele sind selbst strukturell defizitär.“

Aber lassen Sie mich auch deutlich sagen: Die verfassungsrechtliche Pflicht zur Abwägung bedeutet nicht, dass der Kreis seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Es ist ein Gleichrang der Finanzbedarfe – und der Kreis Pinneberg steht mit leerem Rücklagentopf und wachsenden Pflichtaufgaben da“.

Mit einem Umlagesatz von 31,50 Prozent würde er im landesweiten Vergleich im mittleren Bereich liegen. „Wir sichern die Handlungsfähigkeit des Kreises für die Aufgaben, die wir für alle Bürgerinnen und Bürger erfüllen müssen. Dieser Nachtragshaushalt ist ein Haushalt der Ehrlichkeit. Er zeigt die Realität, ohne sie zu beschönigen. Er zeigt aber auch unsere Handlungsbereitschaft“.

Der Finanzausschuss werde künftig als Konsolidierungsausschuss agieren und den Prozess eng begleiten. Das Haushaltskonsolidierungsprogramm werde fortgeschrieben, und man werde weiter an allen Stellschrauben drehen, die zur Verfügung stünden.

„Aber eines muss klar sein: Ohne die Erhöhung der Kreisumlage können wir die gesetzlichen Aufgaben nicht erfüllen. Es geht um Pflichtaufgaben, nicht um freiwillige Leistungen. Es geht um die Grundversorgung der Menschen in unserem Kreis“.

„Zwischen den Stühlen“

Stephan Schmidt, direkt gewählter Kreistagsabgeordneter und gleichzeitig Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion in der Stadt Pinneberg sitzt oft zwischen den Stühlen, wenn es darum geht, Entscheidungen im Kreis zu fällen, die nicht günstig für die Stadt sind oder umgekehrt.



Dem Newsletter gegenüber macht Stephan Schmidt aus seinem Herzen keine Mördergrube und äußert sich klar zur Kreisumlage:

„Ich kenne die Sicht der Stadt sehr genau, ich kenne aber genauso gut die Lage des Kreises. Und gerade jetzt prallen beide Realitäten besonders hart aufeinander – insbesondere in Verbindung mit der Kreisumlage.“

Für Pinneberg ist der Haushaltsansatz 2026 alles andere als gut. Sinkende Steuereinnahmen, geringere finanzielle Zuweisungen des Landes (FAG-Mittel), steigende Pensionslasten und weitere Faktoren drücken uns zusammen mit dem Anheben der Kreisumlage in ein zweistelliges Millionendefizit. Das ist bitter, und jeder, der Verantwortung trägt, weiß, was das bedeutet. Und natürlich arbeiten wir deshalb auch in der Stadt Pinneberg konsequent daran, unseren Haushalt zu konsolidieren. Gleichzeitig ist aber klar: Verantwortung tragen alle Ebenen – Stadt, Kreis, Land und Bund.

Aber machen wir uns nichts vor: Die Situation beim Kreis ist noch einmal ein ganz anderes Kaliber. Wenn der Kreis nun die jüngste Umlagensenkung wieder zurückerhält, dann liegt das genau daran: Die Rücklagen sind weg und die finanzielle Lage des Kreises lässt keinen anderen Schritt zu. Diese Umlagensenkung war von Beginn an ausdrücklich als vorübergehende Entlastung gedacht, nicht als dauerhafter Zustand.

Und es hilft niemandem – auch den Städten und Gemeinden des Kreises nicht – so zu tun, als könne man das ignorieren. Verweigert der Kreistag die notwendige Anpassung, bekommt der Kreis keine Haushaltsgenehmigung mehr.

Dann entscheidet das Innenministerium in Kiel, was der Kreis noch darf und was nicht. Das ist kein abstraktes Drohszenario, sondern gelebte Praxis im Haushaltsrecht. Und diese Eingriffe würden zwangsläufig auch die Städte und Gemeinden – und damit auch die Bürgerinnen und Bürger treffen.

Was das Sparen angeht: Das ist kein neues Thema. Wir als CDU haben das in den letzten Jahren immer wieder eingefordert. Jetzt ist aber klar, dass wir diese Arbeit noch stärker anziehen müssen. Wir müssen uns in allen Ausschüssen sehr genau anschauen, was der Kreis sich überhaupt noch leisten kann, wo Strukturen überholt sind und wie Leistungen künftig organisiert werden müssen, damit sie finanzierbar bleiben. Der Kreis lebt über seine Verhältnisse, und das muss korrigiert werden. Punkt.

Genauso wichtig bleibt: Wenn Bund oder Land neue Aufgaben schaffen, die der Kreis oder die kommunale Ebene ausführen soll, dann müssen Bund und Land das auch bezahlen. Veranlassungskonnexität ist kein Wunschkonzert, sondern eine Voraussetzung dafür, dass Kommunalpolitik überhaupt funktionieren kann.

Ich übernehme daher im Kreistag Verantwortung und stimme der angepassten Kreisumlage mit gutem Gewissen zu. Ein Wegducken kann ich mit meinem Selbstverständnis nicht vereinbaren, ich verweigere mich nicht der Realität!“

Familienbildungsstätten

Der amtierende Jugendhilfeausschussvorsitzende Ortwin Schmidt (CDU) hat den Kompromiss für die Finanzierung der Familienbildungsstätten in den Kreistag eingebracht, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Er basiert auf einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen unter Zugrundelegung von freiwilligen Einsparvorschlägen der Kooperation der Familienbildungsstätten.



Gleichzeitig wurde die Finanzierung des Frühe-Hilfen-Programms beschlossen, das den Familien wichtige Unterstützung bei der Geburt eines Kindes bietet.

„Wer bestellt, bezahlt“



Noch bevor es in die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2025/26 ging, fasste sich der Kreistag mit einer Resolution, die CDU, SPD und Bündnis 90 / Die

Grünen gemeinsam an das Land und den Bund richteten: „Wer bestellt, bezahlt“.

Britta Krey (CDU) begründete den Antrag für ihre Fraktion wie folgt:

Die finanzielle Situation des Kreises Pinneberg habe sich in den letzten Jahren deutlich zugespitzt. Für das Jahr 2025 rechne man mit einem Defizit von 55 Mio. Euro, 2026 werde es vermutlich auf 98 Mio. steigen. Trotz der noch zu beschließenden Erhöhung der Kreisumlage könne der Kreis seine gesetzlichen Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr vollständig decken. Haupttreiber dieser Entwicklung seien die stetig steigenden Sozial- und Transferaufwendungen. Sie lägen im kommenden Jahr bei rund 606 Mio. Euro und machten damit etwa 70 Prozent des Gesamthaushaltes aus. Die Erstattungen des Landes reichten dafür nicht aus, sodass der Handlungsspielraum zunehmend eingeschränkt werde.

Vor diesem Hintergrund lege der Kreistag eine Resolution vor, die zentrale Forderungen an Bund und Land formuliere:

Der Kreistag erwarte erstens eine Lösung der strukturellen Probleme der Kommunalfinanzierung.

Zweitens brauche man eine vollständige und verlässliche Finanzierung der Aufgaben, die den Kommunen übertragen würden.

Drittens dürften neue Aufgaben nur dann an Städte, Gemeinden und Kreise herangetragen werden, wenn ein kostendeckender Ausgleich sichergestellt sei. Das entspreche dem verfassungsrechtlich verankerten Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“.

Viertens fordere der Kreis Pinneberg das Land Schleswig-Holstein auf, eine grundlegende Neuregelung der kommunalen Finanzausstattung auf den Weg zu bringen.

Diese Resolution sei ein deutliches Signal: Nur mit einer auskömmlichen Finanzausstattung bleibe die kommunale Selbstverwaltung handlungsfähig – und damit auch ein wichtiger Pfeiler unserer demokratischen Strukturen.

KZ Gedenkstätte Kaltenkirchen

Obwohl – wenn auch nur wenige Meter von der Grenze zum Kreis Pinneberg entfernt, die KZ Gedenkstätte Kaltenkirchen im Kreis Segeberg liegt, wird sie von Doppelhaushalt zu Doppelhaushalt vom Pinneberger Kreistag gefördert. Die Verwaltung hat nun einen Vertragsentwurf vorgelegt, der eine dauerhafte Förderung sicherstellen soll. Stephan Schmidt, fachpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, hat sich im Kreistag zu dem Antrag geäußert:



Trotz der langen Tagesordnung ist dieser Punkt heute vielleicht der wichtigste. Denn mit diesem Zuwendungsvertrag entscheiden wir, wie wir als Kreis mit unserer Geschichte umgehen. Und wie ernst wir es meinen mit Verantwortung, Erinnerung und demokratischer Haltung. Im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport haben zwei Fraktionen der Beschlussempfehlung nicht zugestimmt. Lassen Sie uns die Argumente betrachten. Die FDP hat betont, es handele sich um eine freiwillige Leistung; zudem liege die KZ-Gedenkstätte Springhirsch nicht auf Pinneberger Kreisgebiet. Formal ist das korrekt. Politisch und moralisch aber greift es zu kurz. Wer das Eingangstor der Gedenkstätte kennt, weiß: Die Kreisgrenze verläuft wenige Meter entfernt. Und vor allem: Der Nationalsozialismus hat nicht an Kreisgrenzen haltgemacht. Auch im Kreis Pinneberg gab es Täter, Profiteure und Mitläufer. Wenn wir Verantwortung an formale Grenzen delegieren, wenn wir Moral hinter Haushaltszahlen verstecken, dann bewegen wir uns auf bekanntem Terrain.

Geschichte wiederholt sich – nicht in ihren Formen, aber in ihren Mechanismen. Eine zweite Fraktion (die AfD – Anmerkung der Redaktion) hat die geographischen Argumente übernommen und mal auf eine fehlende Einladung verwiesen. Und aus früheren Debatten rund um Springhirsch kennen wir auch Versuche, die Auseinandersetzung durch Verweise auf völlig andere historische Kontexte – etwa die SED-Diktatur – umzulenken. Solche Argumentationsmuster tragen nicht zur Aufarbeitung bei, sondern erschweren sie. Es sind Strategien, die Verantwortung relativieren oder den Fokus verschieben sollen. Ein Muster, das wir aus der Geschichte kennen. Und dieses Muster zeigt sich nicht nur hier. Wir erleben in diesem Haus immer wieder eine politische Sprache, die gesellschaftliche Herausforderungen in feindliche Kategorien presst. Erst wird ein Thema militarisiert, dann werden Menschen zu Gegnern erklärt.

Das ist nicht der Diskurs einer demokratischen Mitte. Und es ist das genaue Gegenteil dessen, wozu uns ein Ort wie Springhirsch verpflichtet.

Geschichte wiederholt sich, wo Unrecht relativiert, wo abgelenkt, wo weggesehen wird. Ich möchte niemanden persönlich angreifen. Aber wir müssen benennen dürfen, was politisch sichtbar ist: Die Ablehnung dieses Zuwendungsvertrags ist für eine Fraktion kein finanzpolitisches Argument, sondern Ausdruck einer Haltung, die mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung schwer vereinbar ist. Es ist das wiedererkennbare Muster, unbequeme historische Wahrheiten kleinzureden. Es ist das Muster, Verantwortung abzuwehren. Es ist das Muster, das eine Gedenkstätte wie Springhirsch überhaupt erst notwendig macht. Denn in der KZ-Außenstelle Kaltenkirchen wurden Menschen entrechtet, gefoltert, ermordet. Weil sie eine andere Meinung hatten. Weil sie ein anderes Leben führten. Weil sie einem anderen Glauben angehörten. Oder weil das Regime ihnen das fundamentalste Menschenrecht absprechen wollte: Ihre Würde. Wenn heute politische Stimmen solche Orte relativieren, wenn man die Bedeutung kleinredet oder die Verantwortung verschiebt, dann müssen wir klar sagen: Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Geschichte wiederholt – nicht aus Gedankenlosigkeit, nicht aus Bequemlichkeit und schon gar nicht aus politischem Kalkül.

Kommen wir zurück zur Frage der Haushaltslage. Ja, der Vertrag ist formal eine freiwillige Leistung. Aber moralisch wird aus dieser freiwilligen Leistung eine Pflicht. Eine Pflicht gegenüber den Opfergruppen. Eine Pflicht gegenüber unserer demokratischen Identität. Und eine Pflicht gegenüber den Generationen, die nach uns kommen.

Es ist gut, dass der Vertrag auf drei Jahre befristet ist. Denn das zwingt uns, uns selbst regelmäßig zu überprüfen: Stehen wir noch zu dieser Verantwortung? Erfüllen wir unseren eigenen Anspruch an historisches Bewusstsein? Damit sich Geschichte nicht wiederholt. Und deshalb richte ich einen direkten Appell an die FDP – als Partner in der demokratischen Mitte: Ihre Argumente zur Haushaltslage sind nachvollziehbar. Aber sie sind hier nachrangig. Es geht nicht um eine Ausgabe, sondern um Haltung. Bitte überdenken Sie Ihr Abstimmungsverhalten. Sie haben heute die Möglichkeit zu zeigen, dass bürgerliche Verantwortung und liberale Werte an der Seite der Demokratie stehen – und nicht an ihrer Peripherie. Lassen Sie uns gemeinsam deutlich machen: Wir wissen, was in Springhirsch geschehen ist. Wir verdrängen es nicht. Wir relativieren es nicht. Wir übernehmen Verantwortung. Damit sich Geschichte nicht wiederholt.

Stimmen Sie diesem Vertrag zu.

Splitter aus dem Kreistag

Kreispräsident Helmuth Ahrens vor Eintritt in die Tagesordnung:

„Dies ist die letzte Sitzung in Pinneberg. Ab nächstem Jahr tagen wir in Elmshorn“.

Es gibt Applaus. Ahrens: „Am Beifall erkenne ich, wer aus Elmshorn ist“.

Ahrens hofft auf ein schnelles Ende der Kreistagsitzung: „Der Defibrillator hat nur noch Kapazitäten für einen Patienten. Ich hoffe, dass wir ihn nicht öfter brauchen“.

Ahrens: „Auf Ihren Plätzen finden Sie eine Tafel Schokolade aus dem Fair Trade Handel und eine Mandarine. Die Mandarine ist das Runde. Ich bin übrigens gebeten worden, noch was dazu zu sagen“.

Zwischenruf: „Zu der Mandarine?“

Während der Rede von Hans-Peter Stahl (SPD) zur Resolution „Wer bestellt, bezahlt“ ertönt bei Thomas Grabau die Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehr.

Stahl: „Das ist der Alarm im Finanzministerium“.

Helmuth Jahnke (SPD) nimmt Stellung zur Anpassung der Aufwandsentschädigungen der sich im Kreis engagierenden ehrenamtlich Tätigen. „Ich glaube, dass eine Anhebung um 50 % nicht nur gerechtfertigt ist, sondern auch notwendig wegen der Wertschätzung. Wir fördern Engagement“.

Der Kreispräsident über den verstorbenen ehemaligen Abgeordneten Christian Saborowski: „Sein Umgang mit seiner Erblindung war bewundernswert. Für ihn war Inklusion nicht nur ein Wort. Er hat sie gelebt“.

Die 1. Stellvertretende Kreispräsidentin Elke Schreiber (SPD), die den KP während der Debatte über die Gedenkstätte Springhirsch kurz vertrat, zum AfD-Fraktionsvorsitzenden Volker Steinhaus: „Schade, Herr Steinhaus, dass Sie nicht verstanden haben, was die anderen Kollegen jetzt alles gesagt haben“.

In der Einwohnerfragestunde äußern sich 2 Damen aus Ellerhoop zu dem in ihrem Dorf geplanten Vivaneum. Sie fragen nach den Kosten und wer davon profitiere, ob es weiter verfolgt und weiter Geld dafür ausgegeben werde sowie danach, wer die „Mehrheit“ sei. In der Presse werde immer von der Mehrheit gesprochen, die sich für das Vivaneum ausspreche.

„In der Einwohnerversammlung in Ellerhoop war unter etwa 80 Besuchern keine einzige positive Stimme“.

Wir gratulieren

Zwei Mitglieder
der CDU-Kreistagsfraktion
hatten im Dezember Geburtstag:

Thomas Flindt
und
Britta Krey



**Der NewsLetter wünscht Beiden
Glück, Erfolg, Zufriedenheit und
gute Gesundheit.**

Darüberhinaus feierten mit
Daniel Martin
Christian von Boetticher
Norbert Bollweg

drei ehemalige Kreistagsabgeordnete
im Dezember ihren Ehrentag,
und auch ihnen wünschen wir
alles erdenklich Gute.



Schule von morgen

Darüber, wie die Schule von morgen aussieht,
haben Schleswig-Holsteins Bildungsministerin
Dorit Stenke und der Landtagsabgeordnete und
CDU-Kreisvorsitzende Martin Balasus mit ca.
100 Gästen in Moorrege diskutiert.

Dabei ging es u.a. um den Ausbau der Ganz-
tagsschule, Sprachscreening bei 4,5-Jährigen mit
verbindlicher Förderung, Lernstandserhebungen,
Umgang mit KI und Co. Und natürlich war auch
ein Thema, wie unsere Kinder besser lesen,
schreiben und rechnen lernen!

Die Kreistagsabgeordneten Jennifer Drews und
Patricia Burek waren ebenso anwesend wie
Michael Behrens, Geschäftsführer der Lebens-
hilfe im Kreis Pinneberg und Erik Sachse von der
Berufsschule und neuer Bürgermeister der Stadt
Elmshorn. Sie berichteten von den Herausfor-
derungen der Förderschulen und Berufsschulen
im Kreis Pinneberg.



P. Burek, J. Drews, Ministerin D. Stenke, M. Balasus, MdL

Wir trauern um . . .

Christian Saborowski



Am 22. November 2025 ist Christian
Saborowski aus Elmshorn im Alter von 80
Jahren verstorben.

Obwohl seit Kindesbeinen an blind, hat er
sich nie die Butter vom Brot nehmen lassen,
war streitbar und zielorientiert. Von seinem
16. Lebensjahr an war er Mitglied in der
Jungen Union, wo er 1966 bis zur Vollendung
seines 35. Lebensjahres das Amt des JU-
Kreisvorsitzenden bekleidete. Während die-
ser Zeit wirkte er auch 4 Jahre als Mitglied
im Landesvorstand der JU in Schleswig-
Holstein und im Stadtverordneten-Kollegium
der Stadt Elmshorn als Umweltausschuss-
vorsitzender. Mit 29 Jahren zog er erstmalig
in den Kreistag ein. Nach einigen Unter-
brechungen war er immer wieder Kreistags-
abgeordneter, zuletzt wurde er im fortge-
schrittenen Alter von 68 Jahren wieder in
den Kreistag gewählt, wo er bis 2018 für die
CDU im Hauptausschuss und als fachpoliti-
scher Sprecher im Sozialausschuss wirkte.
Gleichzeitig war er Vorsitzender der KPV
(Kommunalpolitische Vereinigung der CDU)
im Kreis Pinneberg.

Seine politische Tätigkeit hat sich über die
Jahre kaum verändert. „Zwar hat er als fach-
politischer Sprecher die Sozialpolitik des
Kreises maßgeblich geprägt, aber die Kreis-
politik allgemein war sein politischer
Schwerpunkt. Er hatte sich stets weit über
das übliche Maß hinaus in alle Bereiche
eingearbeitet. Er kannte den Inhalt sämt-
licher Vorlagen, hörte den Rednern auf-
merksam zu und hatte seine Replik sofort
parat – das Ganze ohne Zettel und Stift“,
erinnert sich der Kreispräsident.

Am 8. Februar 2011 wurde ihm vom da-
maligen Ministerpräsidenten Peter Harry
Carstensen das Bundesverdienstkreuz verlie-
hen.

Der Kreis Pinneberg ist Christian Saborowski
zu großem Dank verpflichtet. Mit seiner
Streitbarkeit, aber auch mit seiner Akribie
und seinem unbeschreiblichen Fleiß war er
ein Musterbeispiel für bürgerschaftliches
Engagement.

Die CDU wird ihm ein ehrendes Andenken
bewahren.

TERMINE Januar 2026

Montag, 12.01.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes,
Videokonferenz

Dienstag, 13.01.2026, 18.30 Uhr:
Sitzung des Finanz-Ausschusses als
Konsolidierungsausschuss
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 14.01.2026, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 14.01.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Elmshorn, Kreishaus

Montag, 19.01.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-
Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Dienstag, 20.01.2026, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Regionalentwicklung und Verkehr,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 21.01.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 22.01.2026, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses
Elmshorn, Kreishaus

Montag, 26.01.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-
Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Dienstag, 27.01.2026
Tag des Gedenkens der Opfer des
Nationalsozialismus, Drostei

Mittwoch, 28.01.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 29.01.2026, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt,
Sicherheit und Ordnung, Elmshorn, Kreishaus

Der NewsLetter wünscht allen Leserinnen und Lesern



IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion
im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann, Kreis Pinneberg

Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de